

Antrag vom 11.04.2025

Eingang bei: L/OB

Datum: 11.04.2025

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Transparente Planung zu Sanierung und Nutzung städtischer Liegenschaften und Institutionen wie HdK und vhs

Wir beantragen:

1. Die Erstellung einer Gesamtstrategie zu den städtischen Liegenschaften und deren Zustand sowie zu den Raumbedarfen der Stadtverwaltung für Mitarbeiter*innen der Stadt, und wie damit vor dem Hintergrund des voraussichtlichen ‚Aus‘ bei den Planungen eines Front Office-Hubs auf dem Gelände der Alten Bahndirektion umgegangen werden soll,
2. sowie die Einbeziehung bestehender bzw. angedachter Nutzer*innen städtischer Liegenschaften, so z.B. Institutionen wie die Volkshochschule Stuttgart, die Musikschule oder das Haus der Kulturen in diese Strategie und bei den Planungen zu bevorstehenden Interims- und Dauernutzungen.
3. Weil immer wieder unterschiedliche Liegenschaften (u.a. Uhland-Carré, Galeria Kaufhof, Treffpunkt Rotebühl) im Zusammenhang mit einer Verwaltungsnutzung aber auch einer Nutzung durch die oben genannten Einrichtungen genannt wurden und werden, müssen auch die Zeiträume der Sanierungs- und Umbaumaßnahmen der in Frage kommenden Liegenschaften sowie die Eigentumsverhältnisse dargestellt werden.
4. Eine präferierte (realistische) Variante der Sanierung und späteren Nutzung der Standorte für die genannten Einrichtungen soll ämterübergreifend (Liegenschaftsamt, Stadtplanung, Hochbauamt, SIP, Kulturamt usw.) vorbereitet werden, idealerweise in einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Vertreter*innen des Gemeinderats, um eine belastbare Diskussions- und Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Hierbei sind neben den Bedarfen insbesondere auch mögliche Synergien zwischen verschiedenen Institutionen wie auch der Stadtverwaltung einzubeziehen.
5. Hierfür soll die Abfolge der Sanierungen und Umzüge visuell dargestellt werden, auch wenn konkrete Zeitpunkte noch nicht festgelegt werden können. Dazu gehört auch zwingend eine Klärung der Kosten der Maßnahmen, der Eigentumsverhältnisse und ggf. der zu erwartenden laufenden Kosten.

Die Diskussion über das Haus der Kulturen erstreckt sich mittlerweile über einen Zeitraum von über zehn Jahren (s. u.a. GRDRs 295/2024, 149/2024). Dies zeigt die Bedeutung dieser Einrichtung für die Stadtbewohner*innen – als zentraler Begegnungs- und Veranstaltungsort für alle Bevölkerungsgruppen sowie als Dreh- und Angelpunkt für interkulturelles und generationsübergreifendes bürgerschaftliches Engagement.

In der Zwischenzeit konnte mit dem ehemaligen Kaufhof in der Eberhardstraße ein dafür geeigneter Ort gefunden werden, der auch weiteren Nutzungen wie der Freien Tanz- und Theaterszene ausreichend Raum und Synergien ermöglichen würde. Doch dieser wird nun, durch Probleme auf dem Gelände der Alten Bahndirektion und des dort geplanten FrontOffice-Hub, erneut in Frage gestellt.

Fraglos benötigen wir dringend ausreichende und angemessene Räumlichkeiten, damit unsere Stadtverwaltung ihre vielfältigen Aufgaben auch entsprechend erfüllen kann. Und viele städtische Liegenschaften sind dringend sanierungsbedürftig. Auch das ist nun bereits seit vielen Jahren Thema im Rat. Eine umfassende Analyse zu Art, Umfang des Bedarfs sowie zum Zeitrahmen fehlt allerdings noch immer. Und nachdem sich die bisherigen Planungen auf dem Areal der Bahndirektion nun offenbar zerschlagen haben, ist auch der als „Befreiungsschlag“ titulierte FrontOffice-Hub wohl Geschichte.

Um hier aber angemessen entscheiden zu können und nicht erneut Zeit und Geld durch kleinteilige Planungen zu verlieren, braucht es heute und in Zukunft endlich eine Gesamtschau zu den städtischen Liegenschaften, deren Zustand und Bedarfen. Und ein Gesamtkonzept. Bislang ist leider das Gegenteil der Fall, es werden teuer einzelne Räumlichkeiten angemietet, die teilweise aufgrund von Umbau über längere Zeit leerstehen bzw. sich als ungeeignet für die angedachte Nutzung herausstellen. Dringend notwendige Sanierungen städtischer Liegenschaften können deshalb nicht angegangen werden.

Auch die vhs ist ein solches Beispiel: Der Treffpunkt Rotebühl ist seit langem dringend sanierungsbedürftig, doch ein Interim, damit die Sanierung begonnen werden könnte, fehlt noch immer. Hier war lange das Bollwerk im Gespräch, dass nun aber für die Verwaltung benötigt wird. Auch hier wieder: trotz umfangreicher Umbaumaßnahmen als reines Interim geplant. Zeitliche Dauer: unklar. Unterdessen sorgen sich die vhs und die anderen Nutzer*innen um ihre Zukunft.

Die laufenden Gespräche über verschiedene Liegenschaften und vielschichtige Projekte führen leider zu einer zunehmend fragmentierten Betrachtung. Dadurch entsteht eine steigende Intransparenz bezüglich der aktuellen Gesamtsituation.

Um einen umfassenden Blick zu erhalten, müssen entsprechende (Neu- bzw. Um-) Planungen inkl. der daraus resultierenden Konsequenzen für andere Projekte dargelegt und diskutiert werden, um dann entsprechend entscheiden zu können. Es braucht eine Gesamtstrategie und einen Vorschlag mit realistischen Lösungsansätzen, die für möglichst viele Betroffene tragfähig sind.

Auch die Zivilgesellschaft und engagierte Bürger*innen, haben ein Anrecht darauf, informiert zu werden und die Vorzugslösung nachvollziehen zu können. Ein Mangel an Transparenz untergräbt das Vertrauen und wirkt demotivierend. Gerade in der aktuellen Zeit ist es entscheidend, die Zivilgesellschaft aktiv einzubeziehen – nicht nur, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, sondern auch um eine förderliche Umgebung für bürgerschaftliches Engagement und Vertrauen in die großen Vorhaben zu schaffen.

Gez.

Afina Albrecht

Petra Rühle

Mehmet Ildes

Anlage/n

Keine